

Gesellschaft

Die EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen und der nordrhein-westfälische Ministerpräsident Hendrik Wüst (beide CDU) unterstützten Macrons Aufruf für eine Verteidigungspolitik auf EU-Ebene. „Europa bleibt nur souverän, wenn es sich selbst behaupten kann“, sagte von der Leyen. Der NRW-Ministerpräsident betonte: „Nur ein lebendiges und starkes Europa kann Stabilität und Frieden wahren.“

Mit Macron wurde das Deutsch-Polnische Jugendwerk für dessen Engagement der europäischen Verständigung und insbesondere für die Zusammenarbeit mit der Ukraine ausgezeichnet. Bundesjugendministerin Lisa Paus (Grüne) übergab den Jugendpreis 2024 zusammen mit ihrer polnischen Amtskollegin Barbara Nowacka stellvertretend an drei junge Menschen eines ukrainisch-polnischen-deutschen Theaterprojekts. „Ihr seid die Zukunft Europas!“, sagte Paus. Das Jugendwerk stehe für Hoffnung und Aufbruch.

Der Preis war 1998 zum 350. Jubiläum des Westfälischen Friedens, mit dem 1648 der Dreißigjährige Krieg endete, gestiftet worden. Zuletzt ging die Auszeichnung 2021 an den früheren griechischen Ministerpräsidenten Alexis Tsipras und den nordmazedonischen Ministerpräsidenten Zoran Zaev für ihre Einigung im mazedonischen Namensstreit. Das Preisgeld in Höhe von 100.000 Euro wird von rund 120 Unternehmern der Region gestiftet. Macron spendet sein Preisgeld in Höhe von 50.000 Euro an das Deutsch-Französische Jugendwerk.

Am Rande der Preisverleihung am Dienstag im Rathaus zu Münster gab es auch Proteste. Anti-Atomkraft-Gruppen forderten von Macron die Beendigung der französischen Zusammenarbeit mit russischem Atomkonzern Rosatom. „Macrons Atompolitik finanziert Putins Krieg“ oder „Keine Geschäfte mit Rosatom!“ hieß es auf den Transparenten.

Menschenrechtlerin Scherbakowa: Angst bestimmt russischen Alltag

Schwerte/Berlin (epd). In Russland gibt es nach Ansicht der Menschenrechtlerin Irina Scherbakowa derzeit keine nennenswerte politische Opposition mehr. Angst bestimme den Alltag vieler Menschen, sagte die Mitbegründerin der seit 2022 in Russland verbotenen Menschenrechtsorganisation Memorial am Dienstagabend bei einer Online-Diskussion. Im Land fänden sich noch vergleichsweise kleine, mutige Gruppen wie die 2011 gegründete OVD-Info mit Sitz in Moskau.

Gesellschaft

Das Team von etwa 75 Personen dokumentiert politisch motivierte Festnahmen und Menschenrechtsverletzungen durch Polizei und Behörden. Seit Beginn des russischen Angriffskrieges auf die Ukraine vor zwei Jahren werden vor allem Einsätze gegen Friedensaktivisten registriert.

„Es gibt weiter mutige Menschen in Russland“, betonte auch Stefan Melle, Leiter der Nichtregierungsorganisation Deutsch-Russischer Austausch, bei dem digitalen Studientag der Evangelischen Akademien zur Friedensethik. Er schätzte den Anteil der Menschen, die nicht mit dem Putin-Regime sympathisierten, auf 15 bis 20 Prozent. Offizielle Zahlen gebe es nicht, sagte Melle, dessen NGO von den russischen Behörden als „unerwünscht“ eingestuft worden ist.

Von den Generinnen und Gegnern leisteten nicht alle aktiven Widerstand, aber es gebe eine Fülle von kleinen Handlungen und Aktionen, mit denen die Menschen ihren Unmut, ihre Missbilligung oder ihren Protest gegen das Regime zum Ausdruck brächten. Allein die Tatsache, dass bei der Präsidentschaftswahl im März im Vorfeld zwei Gegenkandidaten angetreten seien, wertete Melle als Zeichen für eine weiterhin bestehende Protestkultur.

Der im Exil lebende investigative Journalist Andrei Zayakin bezeichnete den in Haft umgekommenen Alexei Nawalny als „größten Vertreter der Opposition im 21. Jahrhundert“. Er hege keinen Zweifel, dass sein Freund ermordet worden sei, erklärte Zayakin, der früher bei der unabhängigen und inzwischen verbotenen russischen Zeitung „Nowaja Gaseta“ tätig war. Nach Angaben des Journalisten gibt in der regimetreuen orthodoxen Kirche eine „beachtliche Zahl von Priestern“, die Putin kritisch eingestellt. Sie hätten allerdings kein öffentliches Forum, sagte er.

Scherbakowa erinnerte an die Anfänge von Memorial. Die Arbeit zur Aufarbeitung der Gewaltherrschaft Josef Stalins sei auch unter Michail Gorbatschow und Boris Jelzin nicht einfach gewesen, sagte Scherbakowa. Nachdem Wladimir Putin an die Macht gekommen sei, sei aber schon sehr bald klar geworden, „wohin die Reise geht“. Die Historikerin warf dem russischen Präsidenten vor, die Geschichte Russlands zu verklären und zu mystifizieren.

Die Internationale Gesellschaft für historische Aufklärung, Menschenrechte und soziale Fürsorge - kurz Memorial International - wurde Anfang 1989 in der damaligen Sowjetunion gegründet und 2022 verboten. Für ihre Arbeit wurde der Organisation im selben Jahr der Friedensnobelpreis zuerkannt. Scherbakowa selbst verließ ihr Heimatland 2022.